



An

Friedemann Schmidt, Präsident der ABDA -  
Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e. V.  
sowie den geschäftsführenden Vorstand der ABDA

Hamburg, 03. März 2017

### Offener Brief an die ABDA

Sehr geehrter Herr Schmidt, sehr geehrte Damen und Herren,

als Mitinitiator des Antrags zur Aufarbeitung der Evidenz in der Selbstmedikation auf dem Deutschen Apothekertag 2014 hat der VdPP (Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten) mit großem Interesse die Artikelserie zu diesem Thema in der Pharmazeutischen Zeitung (PZ) verfolgt. Damit hat die PZ Neuland betreten und einen wichtigen Beitrag geleistet, das Perspektivpapier 2030 mit der darin verankerten Bekenntnis zur evidenzbasierten Beratung, Wirklichkeit werden zu lassen. Inzwischen hat die PZ die Serie nach sechs von zehn geplanten Artikeln vorzeitig und dauerhaft eingestellt.

Der VdPP hat von der PZ-Redaktion erfahren, dass diese Entscheidung unter anderem durch massiven Druck seitens der pharmazeutischen Industrie begründet ist: „Zeitschriften wie die PZ sind nach unseren Erfahrungen mit der Serie wegen eines nicht auflösbaren Interessenkonfliktes ungeeignet, OTC-Arzneimittel zu bewerten. OTC-Anzeigen sind eine wesentliche Einnahmequelle der PZ. (...) Es gibt schon einzelne OTC-Hersteller, die schnell dabei sind, mit der Stornierung von Anzeigen zu drohen.“ (aus dem Antwortbrief des Chefredakteurs der PZ an den VdPP).

Die Landesvertretung ist aufgerufen, das Perspektivpapier 2030 als Beschluss des Apothekertages mit Leben zu füllen. Auf keinen Fall darf sie hinnehmen, dass eine wissenschaftlich neutrale Information der Apothekerschaft durch das Landesblatt deswegen scheitert, weil sich Industrieinteressen durchsetzen. Wenn die Abhängigkeit von Anzeigen de facto zu einer industriefreundlichen Selbstzensur führt, ist das ein Armutszeugnis für den gesamten Berufsstand! Wir fordern die ABDA als Herausgeberin der PZ auf, das Landesorgan der Apothekerschaft in die Lage zu versetzen, wissenschaftlich unabhängig und neutral berichten zu können. Daher fordern wir die ABDA auf, alternative Finanzierungsmöglichkeiten der PZ zu prüfen.

Mit besten kollegialen Grüßen,

der VdPP-Vorstand